Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 563. Abendblatt. Montag, den 3. Dezember. 1866.

Deutschland.

Berlin, 2. Dezember. Se. Majestät der König empfing gestern Morgens den völlig wieder hergestellten Finanzminister v. d. Heydt zu einer längeren Unterredung, und den kommandiren- den General des 1. Armeekorps, General Vogel von Falckenstein, vor seiner Abreise nach Königsberg, und arbeitete dann mit dem Stellvertreter des Kriegsministers, General v. Podbielski, und dem Chef des Militärkabinets, Generalmajor v. Tresckow. Mittags erschienen zur Begrüßung im Palais der Prinz von Wales und der würtembergische Divisions-General Prinz Herrmann zu Sachsen-Weimar-Eisenach, denen Se. Majestät alsbald einen Gegenbesuch machte, später folgten die Vorträge des Geh. Kabinetsrathes von Mühler und des Geh. Hofrathes Borck und eine Konferenz mit dem Unterstaatssekretär v. Thile, und fuhr alsdann Se. Majestät in das Kronprinzliche Palais zur Tafel, an welcher mit den hohen Gästen die hier anwesenden Mitglieder der Königsfamilie, der englische Botschafter Lord Loftus 2c. theilnahmen. Abends waren die hohen Herrschaften zum Thee versammelt.

— Ihre Majestät die Königin wird schon in diesen Tagen hier zurückerwartet. Es scheint sonach, daß der Gratulationsbesuch in Karlsruhe am 3. d. M. ganz aufgegeben ist.

— Der Prinz von Wales empfing gestern Mittag im Kronprinzlichen Palais den großbritannischen Botschafter Lord Loftus. Wie wir hören, ist der Salonwagen, in welchem der Prinz gefahren, in Brand gerathen, so daß der Letztere ihn in Bromberg verlassen mußte. Der Prinz ist dann im gewöhnlichen Wagen bis Frankfurt gefahren, wo er den von dem Kronprinzen ihm entgegengeschickten Salonwagen bestieg.

— Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, JJ. KK. HH. die Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht, Vater und Sohn, der Prinz August von Würtemberg, der Erbprinz von Anhalt 2c. haben gestern noch auf dem Revier des Prinzen August von Würtemberg in der Umgegend von Köthen eine Jagd abgehalten. Der Großherzog von Mecklenburg hat darauf die Rückreise angetreten und die Prinzen sind Abends hier wieder eingetroffen.

— In Betreff der sehr bemerkenswerthen Rede des Abgeordneten Lasker in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses schreibt die „N. A. Z.": Sollte der Leser bei der Lektüre dieser Rede den Kopf schütteln, so ist vielleicht eine Erklärung in der nachfolgenden Stelle der Rede zu finden, in welcher der Hr. Abgeordnete über den Bildungsgang unserer Juristen sagte:

„Zufällig will ein Gymnasiast Jurisprudenz studiren. In den drei Jahren seiner Studienzeit beutet er meistens die Zeit nicht zu wissenschaftlichen Studien aus. Sodann macht er das erste Examen zum Auskultator. Von da ab wird er zu Schreiberdienste verwendet und bekommt alle drei Monate ein Zeugniß über seine Thätigkeit, wie in den Gymnasialklassen. Dann bekommt er ein Generalattest und geht zum zweiten Examen. Dann wird er Referendar. Die Selbstständigkeit ist den Referendarien gänzlich genommen worden, und sie werden zum Abfassen der Protokolle verwendet. Dann geht ein Referendar in das dritte Examen. Für alle diese Examina sind Einübungs-Institute vorhanden; solche Prüfungen sind daher sehr zweifelhaften Erfolges, weil man sich auf gewisse Examinatoren einüben kann. Es haben sich sogar Leute die Fragen der Examinatoren aufgeschrieben. Wenn also dieses Kind — nicht an Jahren, denn er ist inzwischen 28—30 Jahre — an Selbstständigkeit durch das Examen gekommen ist, dann ist es Richter".

So der Hr. Abgeordnete Assessor Lasker. Wir wissen nicht, ob seine Herren Kollegen im Richteramt diesen Standpunkt acceptiren werden, den er sich selbst so freimüthig giebt, glauben aber bei Beurtheilung seiner Rede auf diese Stelle verweisen zu müssen. Auf die Kinderjahre folgen ja bei Knaben noch „andere" Jahre, ehe man zum Jüngling heranreift.

— Eine Vorlage, die, wie die „Ndd. A. Ztg." hört, in den nächsten Tagen an den Landtag gelangen wird, betrifft einen in den letzten Tagen zwischen Preußen und Sachsen-Weimar abgeschlossenen Vertrag wegen Anlage einer Eisenbahn von Erfurt über Stotternheim und Sömmerda nach Sangershausen. Auch wird jetzt mit der Regierung von Schwarzburg-Sondershausen wegen Anlage einer Eisenbahn von Erfurt über Sondershausen nach Nordhausen verhandelt, und man erwartet schon in den nächsten Tagen Bevollmächtigte von Schwarzburg-Sondershausen, um den bezüglichen Staatsvertrag abzuschließen. Ferner werden über einen anderen Eisenbahnvertrag, den Bau einer direkten Bahn von Berlin nach Stralsund über Neu-Strelitz betreffend, gegenwärtig hier in Berlin die Verhandlungen geführt, und ist zu diesem Zweck ein Bevollmächtigter aus Neu-Strelitz hier anwesend. Man hofft, auch diese beiden letztgenannten Verträge frühzeitig genug zum Abschluß zu bringen, um sie dem Landtage noch im Laufe dieser Session vorlegen zu können.

— Es ist angeordnet worden, daß die in der Armee angestellten vormals kurfürstlich hessischen Militär-Thierärzte ihre bisherige Uniform unter Anlegung der preußischen Abzeichen beizubehalten haben; jedoch sollen sie an Stelle des bisherigen Helmes den preußischen Infanteriehelm mit dem heraldischen Adler F. R. sowie mit abgerundeter Helmspitze; Epaulettenhalter und Epauletten-Einfassung in Silber und Schwarz; endlich das preußische Kavallerie-Offizier-Portepée tragen.

— Der Marstall des Exkönigs von Hannover ist deshalb mit Beschlag belegt worden, weil in Hannover von ehemaligen Unterthanen sehr bedeutende Privatforderungen angemeldet worden sind, für welche, trotz aller Anstrengungen der Betreffenden in Wien, keine Zahlung zu erlangen war. Man hört in dieser Beziehung Details, die in der That zu den heitersten Illustrationen gehören, die das Welfenthum nur hätte erhalten können. Leute, die bisher zu den devotesten Anhängern Georgs und zu den eifrigsten Agitatoren für denselben gehört haben, kommen jetzt und bitten um Schutz für die Forderungen, die sie an ihn haben. Die Bürger treten in den Städten bereits zusammen, um der von Wien aus künstlich genährten Agitation entgegenzuwirken. Die Agitation, die sich jetzt noch in der Militärfrage geltend zu machen sucht, ist der letzte Trumpf, den der Exkönig auszuspielen hat. Sind die hannoverschen Mannschaften in die neuen preußischen Regimenter eingestellt, dann ist es mit dieser Agitation ganz von selbst aus.

— Das für Rechnung der preußischen Regierung in dem Etablissement von La Seyne in Paris erbaute Panzer-Widderschiff ist so weit beendigt, daß es im Januar 1867 kann abgeliefert werden.

— Wie die „B.- und H.-Z." vernimmt, wird die Uebergabe der dem Großherzog von Oldenburg überlassenen holsteinischen Gebiete in der nächsten Zeit erfolgen. Der oldenburgische Kommissarius, der in Eutin im Namen der großherzoglichen Regierung die Auseinandersetzungsgeschäfte geleitet hatte, Herr Buchholtz, ist bereits abgereist.

— Durch Allerhöchste Ordre ist vor Kurzem Bestimmung über die Offiziere und Militär-Beamten des landgräflich hessen-homburgischen Kontingents getroffen worden. Danach sind einige der Offiziere mit Pension zur Disposition gestellt, die Mehrzahl aber wird in preußische Truppentheile versetzt. Die Ersteren sind der Oberst-Lieutenant v. Silber, der Major v. Raunfels, der bei der Pensionirung zugleich den Charakter als Oberst-Lieutenant erhält, und der Major Freiherr v. Buseck.

— Bekanntlich ist die Ausführung der Beschlüsse der Karlsruher Postkonferenz vertagt worden. Wie die „B.- und H.-Ztg." meldet, beabsichtigt Preußen, die diesfälligen Verhandlungen wieder aufzunehmen und folgende Vorschläge zu machen: 1) Einheitliche Briefmarken für das ganze deutsch-österreichische Postgebiet, Centralisation des Postwesens; 2) Ermäßigung der Packetposttaxe; 3) die Ausdehuung der Postanweisungen, wie in Preußen (1 Sgr. bis 25 Thlr., 2 Sgr. bis 50 Thlr.) auf ganz Deutschland; 4) Reduktion des Porto auf Kreuzbandsendungen, als: Preislisten, Avisbriefe, Zirkulare 2c. von 1 Kr. auf ¾ Kr. und Beseitigung der Marke für dieselben (in Frankreich ein Centime); 5) Ermäßigung der Brieftaxe auf 1 beziehungsweise 2 Sgr.

— Was den Plan über das unter den Auspizien Ihrer Majestät der Königin herauszugebende Werk, betreffend die Organisation des Lazarethwesens, anbetrifft, so liegt es, dem Vernehmen nach, vorläufig in der Absicht, das Werk in zwei Abschnitte zu theilen, von denen der erste die Erfahrungen der einzelnen Mitarbeiter, der zweite das daraus resultirende Ergebniß der besten Organisation enthalten würde.

— Der General Vogel v. Falckenstein, der sich gegenwärtig hier befindet, hat gestern eine längere Besprechung mit dem Minister des Innern gehabt.

— Der interimistische diplomatische Bevollmächtigte in Dresden, v. Wurmb, welcher am Donnerstag Abend hier eingetroffen ist, wurde im Laufe des gestrigen Tages von dem Unter-Staatssekretär v. Thiele und dem Geheimrath v. Savigny empfangen. Der Civil-Kommissarius in Hannover, Geh. Regierungsrath von Hardenberg, begab sich Abends in das Hotel des Finanzministers.

Berlin, 1. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) 35. Sitzung. (Fortsetzung aus dem gestrigen Morgenblatt.) Abg. v. Kardorff: Die Angriffe gegen die Minister, welche wir gestern hier hörten, sind meiner Ansicht nach an eine falsche Adresse gerathen. Haben wir durch Jahrhunderte strenger Zucht einen Beamtenstand geschaffen, welcher musterhaft dasteht, so lange aber noch der Zustand bei uns besteht, daß Dinge geschehen, wie wir sie gestern hier gehört, kann ich dem Verfahren der Minister beipflichten, und ich werde für den Etat stimmen. — Abg. v. Carlowitz spricht gegen den Etat, ist aber vollkommen unverständlich. — Abg. v. Vincke (Hagen): Durch Mangel an Mäßigung kann man jedes Ding auf der Welt zu Grabe bringen. Was glauben Sie wohl, was Sie mit dieser Debatte dem Staate nützen? Glauben Sie, daß Sie einen Wechsel im Ministerium hervorrufen, Preußen mit den neuen Provinzen konsolidiren können? Man knüpft die Opposition an bestimmte Thatsachen, an die Bestätigung der Kommunalbeamten. Darin, daß der Herr Minister nicht diejenigen Stadträthe bestätigt, welche der Regierung die Mittel zum Kriege nicht bewilligen wollten, pflichte ich ihm bei, denn Männer, welche so wenig Patriotismus zeigen, verdienen kein Vertrauen der Regierung und des Landes. (Lebhaftes Bravo recht.) Meine Freunde und ich werden uns sehr freuen, daß der Herr Ministerpräsident Graf Bismarck endlich in diejenige Politik eingelenkt ist, die wir lange Zeit angestrebt haben Und wenn wir uns freuen, so ist es, daß diese Herren (rechts), welche früher anderer Ansicht waren, den Verhältnissen entsprechend eingelenkt haben. Auch ich bin für liberale Politik im Innern und darum bin ich dafür, dem Ministerium coûte qu'il coûte Alles zu bewilligen, was hierzu erforderlich ist, und ich fordere Sie auf, ebenso zu stimmen. — Abg. Frhr. v. Hoverbeck: Gerade diese Debatte gewinnt uns die liberalen Elemente in ganz Deutschland. Wir machen Opposition, weil wir der Ueberzeugung sind, daß die heilige Wahrheit sich doch Bahn bricht. — Ein Verweigern von Geldmitteln ist Mangel an Patriotismus genannt worden, das ist bequem, aber unberechtigt, so lange man nicht nachweisen kann, daß der, der vor dem Kriege Geld verweigert hat, während des Krieges Opfer und Arbeit verweigerte. Dem Minister antworte ich, daß ich auch Opposition gegen die Personen der Minister mache, aber nicht um ihretwillen, sondern weil sie Personen eines Systems sind; wir verwerfen die Person des Ministers, wie wir die Resultate der Verwaltung verworfen. — Abg. v. Blanckenburg: Das grade ist der Parlamentarismus, den wir seit Jahren bekämpfen. Wir wollen nicht konserviren, was nicht zu konserviren ist, wir wollen fortschreiten, aber wir gehen nicht die reaktionären Wege, die Sie uns führen wollen. Der Justizminister Graf zur Lippe wird sich vom Abg. Lasker nicht wegreden lassen, der Justizminister müßte dem Abg. v. Blanckenburg bei solchen Angriffen weichen. Ich wiederhole: nur konservative Minister können liberal regieren. Regieren heißt nicht bloß verwalten, sondern auch Autorität haben; das zur Antwort über die Nichtbestätigung. Ueber das Maß läßt sich streiten. Ich möchte Sie ermahnen, von den Wegen, die Sie jetzt bei der Budgetberathung wandeln, abzugehen. Das Haus hat nicht die Kontrole der Verwaltung, wir sind kein Regierungskollegium und müssen unser Budgetrecht einschränken, sonst kommen wir wieder zu einem gefährlichen Konflikt.

Abg. Dr. Virchow: Der Abg. v. Blanckenburg hat durch seine Rede wieder eingelenkt; der Schritt dazu ist ihm gewiß sehr sauer geworden. (Heiterkeit.) Ich will ihm seine Ueberzeugung nicht erschüttern, mag er glauben, daß alle Dinge, die Gr. Bismarck thut, vorzüglich sind; aber alle diese Argumente haben keine andere Basis, als das Vertrauen auf dessen Person. Wir aber halten uns an die Sache. — Der Herr Minister des Innern ist allmälig nur hartnäckiger geworden in der Unterstützung derjenigen Organe, welche im konservativen Sinne handeln. Ich erinnere nur daran, wie ich schon früher auseinandersetzte, daß der Hr. Minister für die Kommunalbehörden gar nicht die befähigten Männer herauszusuchen im Stande ist. Ich konstatire, daß die Wahlen, welche er für Berlin getroffen, grade die allerunglücklichsten sind. — Selbstverwaltung muß man entweder wollen oder man vernichtet sie; ein Drittes, was Hr. v. Vincke (Hagen) dafür im Sinne hat, ist Verwirrung und Konfusion, die zuletzt zur Schädigung aller Interessen wird. (Sehr richtig, links.) Gestatten Sie also die Selbstverwaltung. Läßt die Regierung sie nicht gewähren, so wird sie dadurch bei den neuen Provinzen eine große Abneigung gegen sich erzeugen und den gesammten Interessen schaden (Bravo links).

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich will auf drei Punkte dem Hrn. Abg. Virchow anworten. Erstlich mal hat er gesagt, und das nehme ich dankbar hin, daß er mir so viel Billigkeitsgefühl zutraut, um nicht von vornherein einen verknöcherten Reaktionär in mir zu suchen, sondern, daß er mir zutraut, daß ich auf Beschwerden, die an mich ergehen, sachlich und billig entscheide. Er hat aber gesagt, mit solchem Gefühl sei ich eingetreten, dann aber bald dem Banne der Partei unterlegen. Das lehne ich ab. Ich gebe zu, daß ich mit viel billigerem Gefühl in das Ministerium eingetreten bin, als ich eine Zeitlang hinterher gehabt habe, aber ich habe nicht einem Bann der Partei unterlegen, sondern ich habe die Konsequenzen tragen müssen des Druckes, welchen die Opposition gegen uns übte, um zu der Ueberzeugung zu kommen, mit Billigkeit ist jetzt nicht mehr zu agiren; jetzt heißt es: wer hat die Macht und die Kraft in Händen, um denjenigen Standpunkt zu behaupten, den man für nothwendig hält, man mußte voraussehen, in die schwierigsten äußeren Verhältnisse hineinzukommen, die ganzen Kräfte des Staates anzuspannen mit einer Opposition, wie sie der preußische Staat in seinem Parlamente bis dahin nicht erlebt hatte und trotz derselben. Und weil wir uns auf solche Momente vorbereiten mußten, kam es darauf an, in jeder Verwaltung, in jedem Departement die ganze Gewalt anzuwenden, die das Gesetz und die Stellung dem Ministerium in die Hand gab. Und dieses Gefühl begründete recht eigentlich die Solidarität des Ministeriums, dieses Gefühl erzeugte recht eigentlich der Präsident desselben, der uns stets und stets aufforderte, ihn nicht in den einzelnen Departements im Stich zu lassen, sondern die Kraft anzuspannen, damit er in dem Punkte wirksam wäre, den er vorauskommen sah, und der wirklich hinterher eingetroffen ist. Das ist das beste Argument dafür, wenn ich angeführt habe, daß die Solidarität des Ministeriums wesentlich die durchlebte Zeit gemacht hat. Wir wirkten auf allen Punkten und konnten das thun, wenn wir eben keinen Heller von dem aufgaben, was das Gesetz uns gestattete. Daraus folgt von selbst, daß, wenn der schwere Zeitpunkt überwunden ist, man zu den billigen Rücksichten zurückgeht, zu dener ich von Natur große Neigung habe. — Der Herr Abg. Virchow spricht von den nicht bestätigten Stadträthen von Berlin. Die Sache liegt hinter uns, sie liegt hinter dem Zeitpunkte, den wir immer und auch ich als einen Zeitabschnitt für unser gegenwärtiges Staatsleben betrachten. Daß Sie in Ihren Wahlen nicht sehr glücklich gewesen sind, werden Sie selbst zugeben; Sie müssen, wenn Sie offen sein wollen, sagen, daß Sie damals nicht aus sachlichen Gründen wählten, sondern daß viel Lust vorhanden war — uns Paroli zu bieten, kann ich gerade nicht sagen, denn wir hatten ja nicht zuerst ausgespielt — aber uns politisch entgegenzutreten. Ich nehme Hrn. v. Hennig davon aus, sein neuliches Votum habe ich wohl bemerkt, und ich hoffe auch sein heutiges Votum . . (Heiterkeit), aber wenn Sie nun Stadträthe damals wählten, die nach der damaligen Loge der Sache meiner Ueberzeugung nach nicht bestätigt werden konnten, so war die natürliche Folge nach dem Gesetze, daß wir kommissarische Verwaltungen einsetzen mußten, und ich konnte weiter nichts thun, als die Behörden und sonst in der Stadt bekannte Leute nach Persönlichkeiten zu fragen, die dazu geeignet sein würden. Wenn Sie an ihnen auch Manches auszusetzen haben, so mag das richtig sein. Das muß ich den Leuten aber zum großen Ruhme nachsagen, daß sie die Courage hatten, damals die kommissarische Vertretung der Satdt anzunehmen. (Bewegung.) Es gehörte wirklich ein großer Muth dazu. An ein Dutzend Thüren ist angeklopft worden, aber man hat überall geantwortet: Es ist wahr, die Wahlen sind für die Stadt Berlin unerhört, die Zustände sind schrecklich, unsere Wünsche sind nun endlich andere, wir wünschen den und den zum Stadtrath, ich selbst würde den Platz ausfüllen können; aber verschonen Sie mich damit, meine ganze Kundschaft hörte auf, es würde ein Terrorismus gegen mich ausgeübt werden, den ich nicht in der Lage sein würde, über mich ergehen zu lassen. Daher kam es, daß man zu Leuten gehen mußte, von denen ich die Ueberzeugung habe, daß sie ehrbare und geschäftskundige Leute sind, und denen ich zum großen Ruhme nachsage, daß sie den Muth hatten, eine Bürgerpflicht zu erfüllen, d. h. die Plätze einzunehmen, die damals vacant waren. — Gestatten Sie mir, an diese Frage anknüpfend, auf den dritten Punkt einzugehen. Der Hr. Abg. Virchow hat von Neuem den Wunsch nach Selbstverwaltnng ausgesprochen. Selbstverwaltung ist gewiß eine herrliche Sache, ich weiß, wir werden auf diesem Wege fortschreiten, schon deshalb, weil der Staat nach und nach Alles nicht bewältigen kann. (Hört! hört!) Aber das Wort „Selbstverwaltung" ist ebenso leicht ausgesprochen, wie die praktische vernünftige Ausführung derselben schwer ist, weil in jeder Selbstverwaltung innerhalb des Staatsgebiets doch auch ein gewisser Zusammenhang mit der staatlichen Behörde bleiben muß und es Alles darauf ankommen wird zu fragen, wo liegt die Grenze und wie stark ist die Verbindung zwischen beiden? auf der einen Seite zu sagen: dabei kann der Staat nicht bestehen, und auf der andern Seite zu sagen: dabei hört die Selbstverwaltung auf. Und das wäre bei der städtischen Kommune der Fall, wo die städtische Gesetzgebung so liegt, wie bei uns, wo in die Hände der städtischen Vorstände sehr wesentlich staatliche Befugnisse, Rechte und Pflichten gelegt werden — ich will einmal sagen, die ganze Ausübung der Polizei in manchen Städten, also Befugnisse und Pflichten des Staates von außerordentlicher Tragweite — da darf der Staat unmöglich sagen: alle Kommunen hast du so abgelöst, daß du die Verhältnisse so arrangiren kannst, wie du willst, und du kannst ein Organ, das der Staat eingesetzt hat, als statistisches Organ ansehen. Das ist unmöglich, es muß in dieser Beziehung eine gewisse Einwirkung des Staats auf die Kommune stattfinden, und wenn ich bei diesen höheren Verwaltungsstellen stehen bleibe, so kann der Staat dies nur dadurch, daß er den Kommunen das Wahlrecht läßt und sich das Bestätigungsrecht vorbehält, oder daß der Magistrat, in welchem die Magistratspersonen und die Bürgermeister nach den einzelnen Verfassungen und den einzelnen Statuten zu Stande kommen, so viel konservative Elemente in sich enthält, daß der Staat sagen kann, bei solcher Art von Wahlsystem brauche ich keine Besorgniß zu haben, es müssen solche Personen zu den Stellen kommen, denen ich sie mit Vertrauen in die Hand lege. Ich denke dabei an die statutarischen Bestimmungen, die sich auch in gewissen Orten der Monarchie außerordentlich bewähren. Es existiren dergleichen auch in den neueren Landestheilen. Nun muß ich Ihnen aber sagen, das Bestätigungsrecht der Regierung für Magistratspersonen halte ich für eine falsche gesetzliche Bestimmung. Ich bin dahinter gekommen in den Jahren, wo ich gezwungen gewesen bin, von gesetzlichen Bestimmungen Anwendung zu machen. So lange das Gesetz mich verflichtet, zu prüfen, und ich diese Prüfung namentlich in solchen Zeiten eintreten lasse, kann ich mich dem nicht entziehen, an die Prüfung zu gehen. Aber ich habe immer gefunden, daß man dort die Zwecke, d. h. an Stelle der nicht zulaßbaren einen wirklichen zulaßbaren zu erhalten nicht erreicht und eine Menge von Odium auf die

Regierung ladet, was nicht im Verhältniß mit dem steht, was man erreicht. Ich gebe also diese gesetzliche Bestimmung über das System preis, aber ich würde dann verlangen, daß auf der anderen Seite die Einwirkung des Staats verstärkt wird und ich glaube, daß es das Beste wäre, wenn der Bürgermeister und vielleicht Beigeordnete der städtischen Gemeinde aus einer solchen Art von Präsentationswahlen hervorgingen, wie bei den Landräthen, daß aber der König unter den 3 präsentirten Kandidaten ein wirkliches Ernennungsrecht ausübte und sich um die anderen Magistratsmitglieder nicht kümmere. Aber dann wenigstens läge es in der Hand der Regierung, einen Vertrauensmann an der Spitze der Verwaltung zu haben, dem man mit Vertrauen die Funktion der Verwaltung in die Hand geben könne. Es ist natürlich nicht meine Absicht, jetzt den Gesetzes-Vorschlag zu machen, aber dies Thema ist schon oft besprochen worden, und sollte dieser Gedanke im Hause Anklang finden, so könnte man einen betreffenden Gesetzentwurf vorbereiten. Ich bin kein Vertheidiger dieses Systems, ich bin nur der nothwendige Ausführer desselben, und so lange es besteht, kann ich nicht anders handeln. Nun lassen Sie uns aber doch über das Bestätigungsrecht und über die einzelnen Folgen, die daraus hervorgegangen sind, abbrechen; ich glaube, die Sache ist schon so oft in diesem Hause vorgekommen. Großen politischen Prinzipien gegenüber treten Sie nun immer mit den paar bestätigten oder nichtbestätigten Bürgermeistern oder Stadträthen hervor; ich weiß dies ja schon. (Heiterkeit.) Sie haben ja selbst zugeben müssen, daß seit einiger Zeit viel weniger Nichtbestätigungen vorgekommen waren. Außerdem gestalten sich jetzt die Wahlen im Allgemeinen verständiger. Ich bin deshalb leichter in der Lage „Ja" sagen zu können, und da wird sich in der Folge wohl ein Zustand entwickeln, der zu allgemeiner Befriedigung dient. Aber, meine Herren, damit bitte ich auch dieses Thema einmal für abgeschlossen zu erachten. Wenn Sie nicht etwa in der Folge Gelegenheit haben sollten, eklatante Beispiele vorzuführen, so würde ich mich kaum veranlaßt fühlen können, darauf wieder einzugehen. — Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird jetzt angenommen.

(Schluß folgt im Morgenblatte.)

— Die Dotations-Kommission hat Freitag Abend ihre zweite und letzte geheime Sitzung gehalten. Die Regierung war durch die Minister v. d. Heydt und Graf zu Eulenburg vertreten. Gestern hat die Kommission den Bericht ihres Referenten Stavenhagen entgegengenommen.

Kiel, 30. November. Der Königl. preußische Contre-Admiral und Chef der Marinestation der Ostsee, Jachmann, ist in Dienst-Angelegenheiten nach Geestemünde abgereist und versieht in dessen Abwesenheit der Kapitän zur See, Herr v. Bothwell, den Dienst des Stationschefs. — Die Fregatte „Gefion" ist von morgen an außer Dienst gestellt. — Der „Alt. Mercur" berichtigt die irrthümliche Angabe, der zufolge der Ober-Präsident von der Schleswiger Regierung eine Denkschrift über das Staatsschuldenwesen der Herzogthümer ansarbeiten ließe. Der Sachverhalt sei darauf zurückzuführen, daß der Ober-Präsident behufs einer hier auszuarbeitenden Denkschrift über das beregte Thema von Schleswig blos einen Bericht über gewisse Punkte unserer Staatsschulden erfordert habe.

Koburg, 30. November. Soeben Mittags 1 Uhr ist in der gemeinschaftlichen Landtagssitzung der Herzogthümer Koburg-Gotha die Berathung über den Wahlgesetzentwurf zum Reichstag des norddeutschen Bundes beendet. Die Sitzung war eine sehr lebhafte. Die Kommission hatte nämlich beantragt, bis auf eine unbedeutende redaktionelle Aenderung dem vorgelegten Entwurf die Zustimmung zu ertheilen und ferner noch folgenden Zusatzparagraphen zum Wahlgesetz beantragt: „Die Mitglieder des Reichstages erhalten Reisekostenentschädigung und Taggelder, der Betrag derselben wird durch ein besonderes Gesetz festgestellt." Schließlich wurde der Wahlgesetz-Entwurf mit allen gegen eine Stimme und der beantragte Zusatz bei namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen. Es ist deshalb nunmehr die Publikazion des Wahlgesetzes auf dem Verordnungsweg zu erwarten.

Ausland.

Paris, 29. November. Der „Vigie von Cherbourg" zufolge sollen die sechs Transportschiffe des Staates „Aveyron", „Garonne", „Coluados", „Nièvre", „Gironde" und „Duronce" nicht weniger als 9000 Mann Truppen, zu denen noch 1128 Mann Schiffsbesatzung kommen, von Mexiko nach Frankreich zurückbringen, was diesem Blatte, besonders in Betracht der kurzen Zeit, die den genannten Schiffen zu ihrer Ausrüstung gelassen wird, viel zu bedeutend scheint.

Pommern.

Stettin, 3. Dezember. Der Ausführung des Projekts wegen Neubaues eines Feuerwehr-Stationsgebäudes ist jetzt dadurch näher getreten, daß die zum Abbruch bestimmten drei Kirchenhäuser Nr. 35, 36 und 37 in der Mönchenstraße unter Zustimmung des Aeltesten-Kollegiums der Jakobi- und Nikolaigemeinden für den Preis von 25,000 Thlr. der Stadt überlassen sind. Ebenso verlautet, daß auch wegen der Nachbarhäuser Nr. 38 und 39, die zu gleichem Zwecke angekauft werden sollen, bereits eine Preiseinigung erzielt ist.

— Vorgestern ereignete sich in dem benachbarten Dorfe Finkenwalde das Unglück, daß zwei beim Erdgraben beschäftigte Arbeiter durch den Einsturz eines Schachtes verschüttet wurden. Der schnell herbeigeeilten Hülfe ungeachtet, gelang es doch nicht mehr, die beiden Verunglückten lebend zu retten.

— Gestern früh versuchte ein Dampfer, mehrere nach der Peene bestimmte Fahrzeuge dorthin zu schleppen; derselbe traf indessen in Folge des in den vorhergegangenen Tagen und Nächten stattgehabten Frostes im Dammansch bereits 1 Zoll starkes Eis an und mußte deshalb die Weiterfahrt aufgeben, so daß er Vormittags hierher retournirte.

— Vor einigen Tagen wurden bei einem in Fortpreußen wohnhaften bereits bestraften Arbeiter verschiedene Gegenstände, deren redlichen Erwerb er nicht nachzuweisen vermochte, polizeilich in Beschlag genommen. Es liegt die Vermuthung nahe, daß jene Gegenstände auf dem am 27. v. Mts. in Stargard stattgehabten Jahrmarkte gestohlen sind.

— Am Freitag Abend sind aus einer Bodenkammer des Hauses Baumstraße Nr. 22 verschiedene, den Schlosserlehrlingen Lemcke und Gurkasch gehörige Kleidungsstücke entwendet, ohne daß der Dieb bisher ermittelt wäre.

— In einer der letzten Nächte der verflossenen Woche haben Diebe vom Garten des dem Kaufmann Koch hierselbst gehörigen, Turnerstraße Nr. 11 belegenen Brauereigrundstückes aus, einen Einbruch in das Brauereigebäude verübt, dort aus den Wänden ca. 26 Fuß kupferne Rohre losgebrochen und entwendet. Die Thäter sind noch nicht entdeckt.

— Während der Abwesenheit des Maurergesellen Veit aus seiner Turnerstr. No. 3 belegenen Wohnung, in der sich nur zwei kleine Kinder befanden, trat ein unbekannter Mensch in die Wohnung und entwendete aus derselben unter dem Vorgeben, daß er Uhrmacher sei, der die dem Veit gehörige an der Wand hängende Taschenuhr repariren solle, jene Uhr.

— In der Nacht vom 30. v. Mts. zum 1. d. Mts. ist dem Kolonisten Schultz aus Ferdinandstein sein hier am Kartoffelbohlwerk liegendes Boot nebst Zubehör und dem aus einer Quantität Kartoffeln, Grünzeug ꝛc. bestehenden Inhalte gestohlen worden.

— Es ist der Polizeibehörde die Festnahme eines Menschen gelungen, welcher sich als „Matrose Carl Peters" ausgab und auf Grund eines gefälschten, angeblich von dem Schiffs-Kapitän Heuer in Hamburg ausgestellten Attestes, in dem bescheinigt war, daß P. sein ganzes Hab' und Gut bei einer am 5. Oktober erfolgten Schiffsstrandung verloren habe, in hiesiger Stadt die Mildthätigkeit in Anspruch nahm. Eine neue Warnung für das Publikum, sich nicht durch derartige Atteste täuschen und zum Mitleid hinreißen zu lassen!

— Nach einem Erkenntniß des Obertribunals ist festgestellt: 1) das Gesetz vom 2. März 1857 verbietet es unbedingt, sich unter Benutzung des Leichtsinns eines Minderjährigen ꝛc. von demselben Wechsel ꝛc. ausstellen zu lassen; ein „Kreditgeben" an den Minderjährigen gehört nicht zum Thatbestande, daher fällt auch die Annahme eines sog. Gefälligkeits-Accepts unter das Verbot. 2) Auch ein Blanco-Accept ist als „Wechsel" im Sinne des citirten Gesetzes anzusehen.

Stargard, 3. Dezember. Der von der Familie v. Wedell (an Stelle des verewigten Oberpräsidenten) präsentirte Landrath a. D., Rittergutsbesitzer v. Wedell-Cremzow, ist von Sr. Majestät dem Könige als lebenslängliches Mitglied ins Herrenhaus berufen worden. Derselbe vertrat als Abgeordneter den Saatzig-Pyritz-Greifenhagener Wahlbezirk durch zwei Legislatur-Perioden von 1855—1861 und gehörte der gemäßigt-konservativen Fraktion an. — Die neue Zweigbahn von Pasewalk nach der preußisch-mecklenburgischen Landesgrenze wird vom 1. Dezember an einem beschränkten, vom 1. Januar an aber dem allgemeinen öffentlichen Verkehr übergeben werden. — Unter den beim Abgeordnetenhause eingegangenen Petitionen befindet sich eine von den Landleuten Scheel und Genossen aus Belkow, welche bitten, daß wegen theurer Strohpreise die Entnahme der in den Königl. Forsten unbenutzt liegenden Waldstreu gestattet werde.

Stadt-Theater.

⊙ Stettin, 3. Dezember. Andauerndes Unwohlsein hat uns zu unserem Bedauern verhindert, dem Gastspiele der Frau Bethge-Truhn die gewünschte Aufmerksamkeit in Person zu widmen. Ueber die vorgestrige Aufführung des Shakespeare'schen Wintermärchens erhalten wir durch geschätzte Freundeshand folgende nähere Daten. Frau Bethge-Truhn („Hermione") brachte ihre Rolle mit sicherer Meisterschaft zur Darstellung. Besonders in der Gerichtsscene, wo das ganze Interesse sich auf die unschuldig leidende Königin konzentrirt und wo die entgegengesetztesten Seelenzustände in allmähliger Steigerung von ruhiger Resignation bis hinauf auf die Höhenstufe der erschütterndsten Erregung, in welcher sich die Königin in ihrer Herzensqual in ergreifenden Tönen an ihren Gemahl und schließlich an den höchsten Beschützer jeder Unschuld, an Gott wendet, — in dieser Scene trat die vorzügliche Darstellung der geschätzten Künstlerin, in welcher die Letztere jedem einzelnen Momente mit sicherer Gewandheit gerecht wurde, besonders glänzend hervor. — Herr Buchholz spielte den „Leontes" im Allgemeinen untadelhaft; nur wollte es scheinen, als ob er die ruhigeren Affekte in etwas mehr gemäßigter Weise hätte darstellen können. Er, wie auch Frau Bethge-Truhn, erwarb sich den lauten Beifall des Publikums. — Frl. Walden („Pauline, Gemahlin des Antigonus") soll recht zufriedenstellend ihrer Aufgabe sich entledigt haben. Aber allgemein aufgefallen ist, daß sie die warme und energische Theilnahme, welche sie der Königin widmet, in weiblichem Zartgefühl nicht auch auf den unschuldigen Säugling in ihren Armen übertragen, daß dessen Behandlung im Gegentheil (zum allgemeinen Gelächter der Anwesenden) eine ungewöhnlich harte gewesen ist. Von den Uebrigen werden uns noch genannt Herr Bethge („Polyxenes") und Frl. Martini („Perdita"). Herr Alström („Mopsus") soll nicht umhin gekonnt haben, seiner ohnehin schon durch sich selbst genügend komischen Partie einige starke Dosen gewöhnlicher Uebertreibung hinzuzufügen. — Die vorgekommenen Tänze der Frl. Fanny und Pauline Kohlenberg wurden uns in ihrer Ausführung als recht anmuthig bezeichnet.

Vermischtes.

— Eine Anzahl namhafter, wegen ihrer Opposition jüngst mehrfach genannter Abgeordneter beehrte vor einigen Tagen die von Herrn Malm im Diorama veranstaltete Ausstellung eines Wallfisches mit ihrem Besuche. Die Herren ertheilten Herrn Malm auf dessen Wunsch die Bescheinigung, daß 20 bis 24 Personen in dem Ungeheuer ungezwungen Platz nehmen könnten und gaben freundlichst die Zusage, an einem der nächsten hellen Tage in solAnzahl zu kommen, um sich als Gruppe im Rachen des Wallfisches photographisch aufnehmen zu lassen. Herr Malm bot dagegen scherzweise dieselbe Räumlichkeit zum Fraktionslokale an.

— Privatbriefe aus Hong-Kong (China) melden, daß dort im Germania-Club zu Gunsten invalider deutscher Soldaten aus dem letzten deutschen Kriege ein deutsches Concert gegeben wurde, worin unter Anderem Arndt's Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland", Schumann's „Friedenslied", Mendelssohn's G-moll Concert (für Piano), Marschner's „Vaterlandslied" mit großem Beifall zur Aufführung kamen. Das Concert wurde besonders zahlreich von Engländerinnen besucht und gewährte einen reichen Ertrag.

Neueste Nachrichten.

Pest, 1. Dezember, Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Unterhauses motivirte Tisza den von ihm eingebrachten Adreßantrag; Baron Eötvös dagegen vertheidigte den Adreßentwurf Deak's. Sehr bemerkenswerth war die Rede Balthaser Horvath's, welche mit großem Beifall aufgenommen wurde. Derselbe stellte eine Ausgleichung mit der Regierung als durchaus im Interesse der ungarischen Nation liegend dar und sprach die Hoffuung aus, daß eine solche Ausgleichung besonders gefördert und gezeitigt werden würde durch die Erkenntniß, daß die Monarchie wie die Dynastie in einem sypathisirenden Ungarn die festeste Stütze finden werde. Die Mitglieder der Partei Deak's beglückwünschten Horvath zu seiner Rede. — Am Montag werden die Debatten fortgesetzt werden.

Paris, 2. Dezember, Morgens. Nachrichten aus Cairo vom 27. v. M. melden: Der Vicepräsident hat die Notabelnversammlung mit einer Rede eröffnet, in welcher er daran erinnert, was sein Großvater und sein Vater für Egypten gethan hätten, indem sie den Zustand der Insel in Einklang mit der modernen Gesellschaft setzen wollten. Der Vicekönig wolle das Werk derselben fortsetzen, deshalb habe er einen repräsentativen Rath für die inneren Angelegenheiten berufen, um alle Interessen zu gewährleisten.

London, 1. Dezember, Vormittags. Nach den mit dem Westindier-Dampfer „Seine" in Southampton eingegangenen Berichten war in Vera-Cruz das Gerücht verbreitet, daß Kaiser Maximilian abgedankt habe. Der Kaiser befand sich in Orizaba und beabsichtigte Mitte November auf der österreichischen Fregatte „Dandolo" die Rückreise nach Europo anzutreten. — An Bord der „Seine" waren einige Fälle von gelbem Fieber vorgekommen.

Florenz, 1. Dezember. In Folge des heutigen Verhörs vor der Senatskommission wurde Admiral Persano im Senatslokal in Haft genommen. — Ein Rundschreiben des Finanzministers regelt die Zinsenzahlung der italienischen Rente für Januar. — Die „Italie" schreibt: Aus Rom eingetroffene Nachrichten verstärken die Befürchtungen, daß die klerikale Partei Unruhen hervorrufen möchte, um den Pabst zu einem äußersten Entschluß zu drängen.

Konstantinopel, 1. Dezember. Die offiziellen Journale beobachten in neuester Zeit über die Verhältnisse in Kandia Stillschweigen. Die vollständige Pacification des Landes wird bezweifelt. Die den Insurgenten zur Unterwerfung gesetzte Frist ist abgelaufen und die Kämpfe sollen wieder begonnen haben. Die zum Tode verurtheilten Insurgenten hoffen, begnadigt zu werden, da sich die Gesandten Rußlands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika für sie verwandt haben sollen.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 3. Dezember. Die Dotationskommission hat unter Beistimmung der Minister beschlossen, in der Dotationsvorlage die Namen Bismarck, Roon, Moltke, Herwarth, Steinmetz und Falkenstein beizufügen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" dementirt die Nachrichten, daß der König von Preußen dem Papste ein Asyl in Preußen angeboten oder ihm Truppen zur Verfügung gestellt habe.

Hannover, 2. Dezember, Nachmittags. Geh. Regierungs-Rath Maybach, bisher Direktor der Ostbahn, ist zum General-Direktor der hannoverschen Staatsbahnen ernannt worden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 1. Dezember, Vormittags. Angekommene Schiffe: Widar, Sjulsen von Bergen. Friedrich v. Schiller, Düsing; Marie Sophie, Wilken von Pernau. Hermann (SD), Klock von Riga. 20 Schiffe seewärts ankommend. Wind: O.

— 1. Dezbr., Nachmittags: Mobil, Wendt; Achilles, Wolter; Martha. Brüdgam; Elise, Geß; Mathilde, Pariset; Condor, Käding; Albert, Rubarth; Sophie, Michelsen; Navigator, Williams; Wilhelmine, Bruhn von Pernau. Amaline, Juchter; Wilhelmine, Schmidt von Memel. Humboldt, Brandt; Minna, Becker von Kopenhagen. Gloria, Rohde; Franziska, Kopdahl von Riga. Elise, Last; Packet, Felter; Arcona, Hohnsang von Danzig. Alexander, Sodtmann von Petersburg. Carl, Petersen von Pillau. Alida, Kron von Elbing. Maria, Zühlke von Rügenwalde.

Börsen-Berichte.

Stettin, 3. Dezember. Witterung: trübe und regnigt. Temperatur + 2 ° R. Wind SW.

An der Börse.

Weizen matt, loco pr. 85pfd. gelber 76—82 Rt. bez., blauspitziger 72 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Dezember 81½ Rt. bez., 82 Br., Frühjahr 83½ Rt. bez.

Roggen schließt fester, pr. 2000 Pfd. loco 53—55 Rt. bez., Dezember 54, ½, ¼ Rt. bez., Dezember-Januar 53¾ 54 Rt. bez. u. Gd., Frühjahr 53 Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 53½ Rt. bez., Juni-Juli 54 Rt. bez. u. Gd.

Gerste ohne Umsatz.

Hafer loco pr. 50pfd. 28½—29 Rt. bez.

Rüböl matt, loco 12⅓ Rt. Br., Dezember 12⅙ Rt. Br., 12 1/12 Rt. Gd., Dezember-Januar 12⅛ Rt. Br., April-Mai 12½ Rt. Br.

Spiritus flau, loco ohne Faß 16⅔ Rt. bez., pr. Lieferung 16⅓ Rt. bez., Dezember und Dezember-Januar 16, 15 11/12 Rt. bez., Frühjahr 16⅓, ¼ Rt. bez.

Berlin, 3. Dezember, 2 Uhr — Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 85 bez. Staats-Anleihe 4½ % 98⅞ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 128½ bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 93½ Gd. Oesterr. National-Anleihe 52 bez. Pomm. Pfandbriefe 89½ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 174½ bez. Amerikaner 6% 75⅝ bez.

Roggen Dezember 56¼, 57¼ bez., Dezember-Januar 55½, 56½ bez., Frühjahr 54¼, ¾ bez. Rüböl loco 12¾ bez., Dezember 12 11/24, ½ bez., Dezember-Januar 12 5/12 Br., ⅓ Gd., April-Mai 12 5/12 bez. Spiritus loco 16⅓ bez., Dezember 16 5/24 bez., ¼ Gd., Dezember-Januar 16¼ Br., 16⅙ Gd., April-Mai 16⅚, ¾ bez.

Stettin, den 3. December.

Berlin	kurz	—
"	2 Mt.	—
Hamburg	6 Tag.	152 G
"	2 Mt.	—
Amsterdam	8 Tag.	144¼ B
"	2 Mt.	—
London	10Tag.	6 24⅛ bz
"	3 Mt.	6 22⅛ B
Paris	10 Tg.	81 B
"	2 Mt.	80 7/12 B
Bordeaux	10 Tg.	—
"	2 Mt.	—
Bremen	8 Tag.	—
"	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	89 B
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4½	Lomb. 5 %
Sts.-Anl.5457	4½	99 B
" "	5	103¾ B
St.-Schldsch.	3½	86 B
P. Präm.-Anl.	3½	120 B
Pomm.Pfdbr.	3½	79¼ B
" "	4	89¾ B
" Rentenb.	4	90¼ bz
Ritt. P.P.B.A. à 500 Rtl.	—	92 B
Berl.-St. Eis.-Act. Lt. A. B.	4	128½ B
" Prior.	4	—
" "	4½	—
Starg.-P.E.A.	4½	94 bz
" Prior.	4	—
Stett. Stdt-O.	4½	98 B
Stett. Börsh.-Obligationen	4	—
St. Schausp.-Obligationen	5	—

Pom. Chauss.-bau-Obligat.	5	—
Used.-Wollin. Kreis-Oblig.	5	—
St. Str.-V.-A.	4	—
Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
Pr. See-Assec.-Comp.-Act.	4	—
Pomerania	4	—
Union	4	101 G
St.Speich.-Act.	5	—
V.-Speich.-A.	5	—
Pomm. Prov.-Zuckers.-Act.	5	—
N. St. Zucker-Sieder.-Actien	4	—
Mesch. Zucker-Fabrik-Anth.	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühl-A.	5	—
St.Portl.-Cem.-Fabrik	4	—
Stett. Dampf Schlepp-Ges.	5	275 B
Stett. Dampfschiffs-Verein	5	—
N. Dampfer-C	4	92 G
Germania	4	100 B
Vulkan	4	—
Stett. Dampfmühlen-Ges.	4	99½ G
Pommerensd. Chem. Fabrik	4	—
Chem.Fb.-Ant.	4	—
Stettin. Kraft-Dünger-F.-A.	—	—
Gemeinnützige Bauges.-Anth.	5	—